

**Rede  
des Fraktionssprechers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

**Gerd Will, MdL**

zu TOP Nr. 4a

Aktuelle Stunde

**Bundesautobahnen müssen Staatseigentum bleiben  
– Privatisierung der Fernstraßen verhindern**

Antrag der Fraktion der SPD – Drs. 17/6936

während der Plenarsitzung vom 22.11.2016  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

bereits im letzten Plenum hat Verkehrsminister Lies im Rahmen einer dringlichen Anfrage deutlich gemacht, dass die bewährte Arbeit unserer Landesstraßenbaubehörde für die zukünftigen Aufgaben zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur im Land unverzichtbar ist.

Es geht dabei auch darum, weiterhin zügig und qualitativ gut zu planen, um die weiter aufwachsenden Mittel aus dem Bundesverkehrswegeplan in den nächsten Jahren auch in Niedersachsen einsetzen zu können.

Die gute Qualität der Arbeit unserer Landesbehörde hat sich vor einigen Wochen erst in der Bestätigung durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig zur geplanten Elb-Querung der Bundesautobahn 20 gezeigt.

Und es geht in Zukunft darum, dass vorhandene Personal, soweit möglich, für die Auftragsverwaltung bei der Planung von Bundesautobahnen und Bundesstraßen weiter einzusetzen.

Damit verhindern wir, dass der langwierige Um- und Aufbau einer neuen Bundesbehörde, der nach Ansicht aller Beteiligten Jahre dauern wird, die Planungen der Projekte nur unnötig verzögert.

Gleichzeitig ist dieses Personal für die Landesinfrastruktur und die vertikale Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene unverzichtbar. Diese bewährte Zusammenarbeit z. B. bei den Winterdiensten der Straßenmeistereien darf nicht eingestellt werden.

Deshalb ist es auch unverzichtbar, mehr qualifiziertes Personal für die wachsenden Aufgaben einzustellen, um den steigenden Herausforderungen in der Planung gerecht zu werden.

Wir wissen, dass die Überlegungen von Bundesfinanzminister Schäuble in Zukunft aber weitergehen. Bereits in unserem Antrag zu den Bundesfernstraßen

vom 30.11.2015 haben wir uns zu recht gegen eine mögliche Privatisierung des Fernstraßennetzes oder des Fernstraßenbaus ausgesprochen.

Das gleiche gilt auch für eine Bundesfernstraßengesellschaft, in der der Bau, der Erhalt, der Betrieb und die Finanzierung des Straßennetzes zukünftig konzentriert werden sollen. Auch hier müssen die Gesellschafteranteile beim Bund bleiben und nicht privatwirtschaftlichen Interessen ausgesetzt werden. Wir sehen heute bei den Versuchen von Herrn Schäuble, wie wichtig das ist, und wir begrüßen ausdrücklich den Einsatz von Bundeswirtschaftsminister Gabriel, damit eine unkontrollierbare Privatisierung gestoppt wird.

Anrede,

wir lehnen eine Privatisierung von Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen ab. Wir wollen, dass der Bund das Eigentum an Straßen behält und Bundesvermögen an dieser Stelle nicht privatisiert wird.

Mobilität ist ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge und darf durch privatwirtschaftliche Einflüsse nicht in Frage gestellt werden.

Durch die Erfahrungen der geplanten bzw. vollzogenen Bahn-Privatisierungen, ob in Deutschland, in England oder Lettland, sind wir hinreichend über die Folgen informiert und gewarnt. Ich erinnere an den überhasteten und völlig sinnlosen Verkauf der Osthannoverschen Eisenbahnen OHE durch Herrn Bode.

Eine Rückabwicklung kommt meistens teuer zu stehen und viele unterlassene Investitionen im Sinne von langfristiger und nachhaltiger Sicherung der Netze müssen dann nachgeholt werden.

Kritiker wie die Rechnungshöfe haben bei einer Reihe von Projekten bei öffentlich-privaten Partnerschaften vor den Folgen für den Steuerzahler gewarnt. Am Ende bleiben Mehrkosten und eben keine Einsparungen. Die versprochene bzw. ausgehandelte Rendite kommt den Steuerzahler im Zweifel teuer zu stehen.